

Standortaufwertung fortsetzen!

Statement von IHK-Präsident Dr. Richard Weber

anlässlich der Frühjahrspressekonferenz der IHK Saarland am 6. Mai 2003

Die Stimmung in der Wirtschaft will in diesem Frühjahr ganz und gar nicht zur Jahreszeit passen. Kein Aufbruch, kein Lichtstrahl, nicht einmal ein laues Lüftchen. Der Konjunkturhimmel über Deutschland ist und bleibt dicht bewölkt.

Selbst wenn die Weltkonjunktur im Laufe des Jahres langsam wieder Fahrt aufnehmen sollte, wird die Erholung hierzulande auf sich warten lassen,

- weil die Impulse von **innen** fehlen
- weil Unternehmen und Verbraucher von der Steuer- und Abgabenlast erdrückt werden
- weil Bürokratie und rigide Arbeitsmarktgesetze jegliche Dynamik schon im Keim ersticken und schließlich auch
- weil die Impulse, die von den schneller wachsenden Volkswirtschaften außerhalb Europas kommen, schon währungsbedingt schwächer ausfallen werden: immerhin hat der Euro seit seinem Tiefstand um rund ein Viertel an Wert gewonnen.

Der deutschen Wirtschaft droht damit zum **dritten** Mal in Folge ein Jahr des **Stillstands**. Die beiden letzten Jahre brachten ja *zusammengenommen* nicht einmal ein Prozent an Wachstum. Für dieses Jahr rechnet der DIHK gerade einmal mit einer schwarzen Null. Ich befürchte, dass unsere Dachorganisation damit am Ende Recht

behalten wird. Jedenfalls scheint mir die gerade erst revidierte Wachstumsprognose der Bundesregierung von 0,75 Prozent viel zu optimistisch.

Wenn ein Land drei Jahre hintereinander auf der Stelle tritt, dann ist das ein eindeutiges Indiz dafür, dass etwas nicht stimmt. Seit Jahren schon mahnen der Sachverständigenrat, die Konjunkturforschungsinstitute, aber auch internationale Organisationen wie die OECD oder der Internationale Währungsfonds grundlegende Strukturreformen an – vor allem auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen.

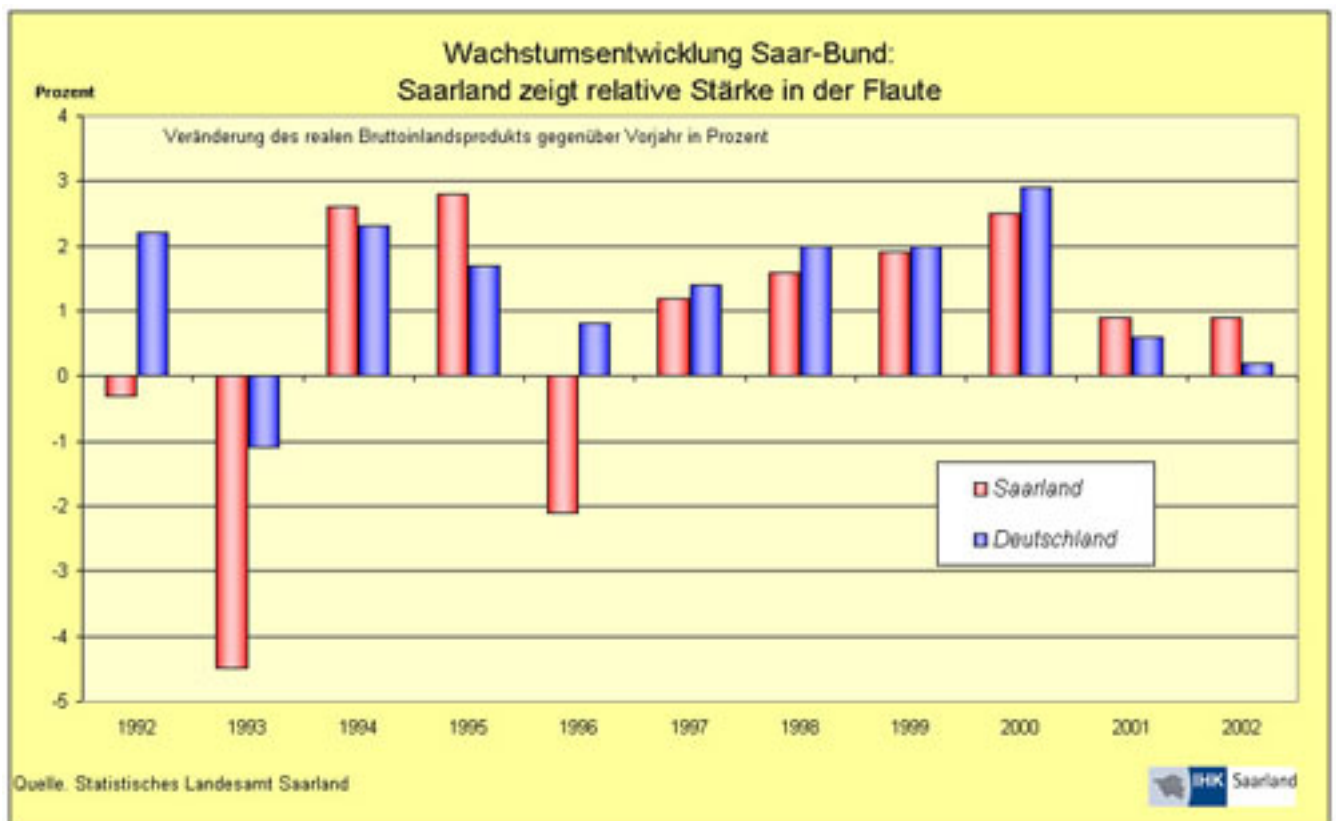
Die jetzt von der Bundesregierung vorgeschlagene „Agenda 2010“ geht zwar grundsätzlich in die richtige Richtung. Aber die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, das Ruder herumzureißen. Wie auch immer – wir ermutigen den Bundeskanzler, sich mit seinen Vorstellungen durchzusetzen. Dann wäre jedenfalls schon eine gute Basis für weitere Reformschritte gelegt.

Was wir in der gegenwärtigen Situation dringend – und vor allem schnell – brauchen, ist ein Aufbruchsignal für den Binnenmarkt. Hilfreich wäre es deshalb, wenn die Bundesregierung sich dazu durchringen könnte, den für 2005 vorgesehenen Reformschritt bei der Steuerreform vorzuziehen und zusammen mit der zweiten Stufe ab Januar 2004 in Kraft zu setzen.

Nun aber zum Saarland. Da ist zunächst erfreulich, dass sich unser Land – verglichen mit dem Bund – in den vergangenen drei Jahren erstaunlich gut geschlagen hat. Dies zeigen gleich mehrere Fakten:

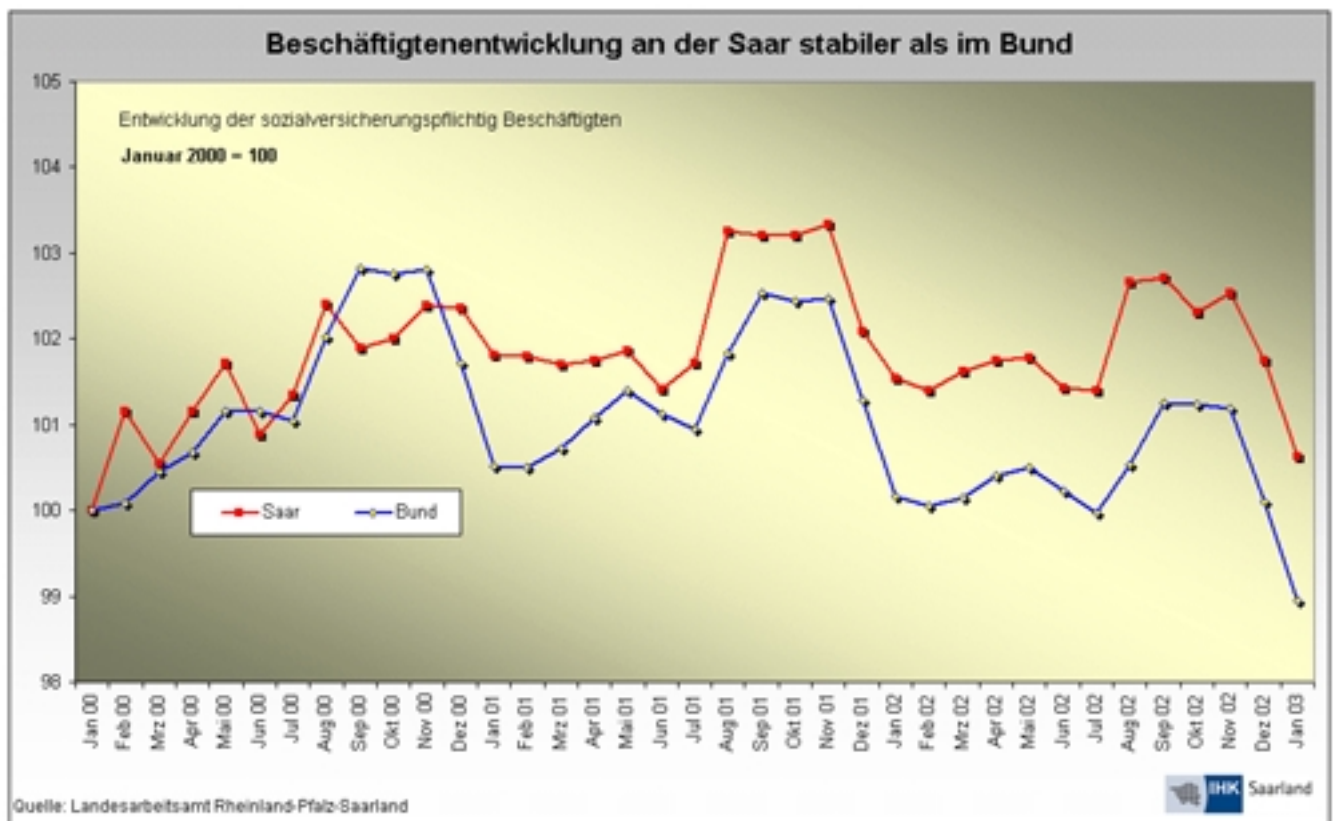
Fakt 1:

Von 1999 bis 2002 erreichte die saarländische Wirtschaft einen Zuwachs des realen **Sozialprodukts** von 4,3 Prozent; die *gesamte* deutsche Volkswirtschaft erzielte dagegen nur ein Plus von 3,6 Prozent. Im vergangenen Jahr erreichte das Saarland sogar einen bemerkenswerten zweiten Platz unter allen Bundesländern. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Dies sind – absolut gesehen – sicher keine „Traumergebnisse“. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt aber, dass unser Land auf einem guten Weg ist. Jedenfalls mehren sich die Anzeichen dafür, dass die Jahrzehnte des Zweidrittel- oder Dreiviertelwachstums offenbar der Vergangenheit angehören. Das Saarland hält zurzeit gut mit. Ja, es holt sogar leicht auf.



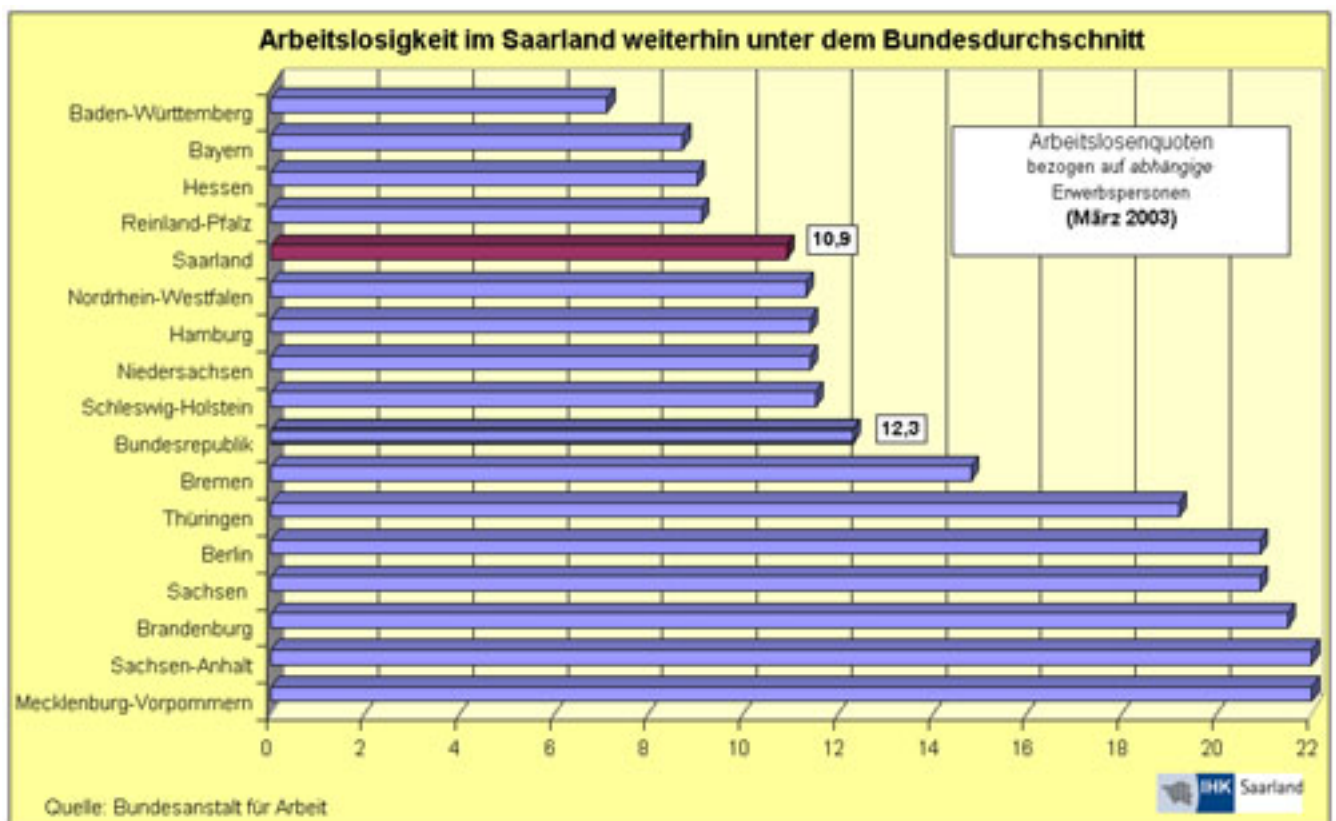
Fakt 2:

Auch die **Beschäftigtenentwicklung** verlief etwas günstiger als im Bund. Von Januar 2000 bis Januar 2003 entstanden hierzulande rund 2.200 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse. Das ist zwar nur ein bescheidener Zuwachs von rund 0,6 Prozent. Im selben Zeitraum gingen im Bund jedoch fast 300.000 Arbeitsplätze verloren. Dies entspricht einem *Verlust* von einem Prozent. Auch dies ist natürlich kein Grund zum Jubeln. Aber es zeigt: Auch bei der Arbeitsplatzentwicklung beweist das Saarland seine **relative Stärke in der Flaute**. Besonders bemerkenswert: Trotz des anhaltenden Anpassungsprozesses im Bergbau gilt dies auch für die Industrie (2002: Saar -1,6 Prozent; Bund -2,9 Prozent).



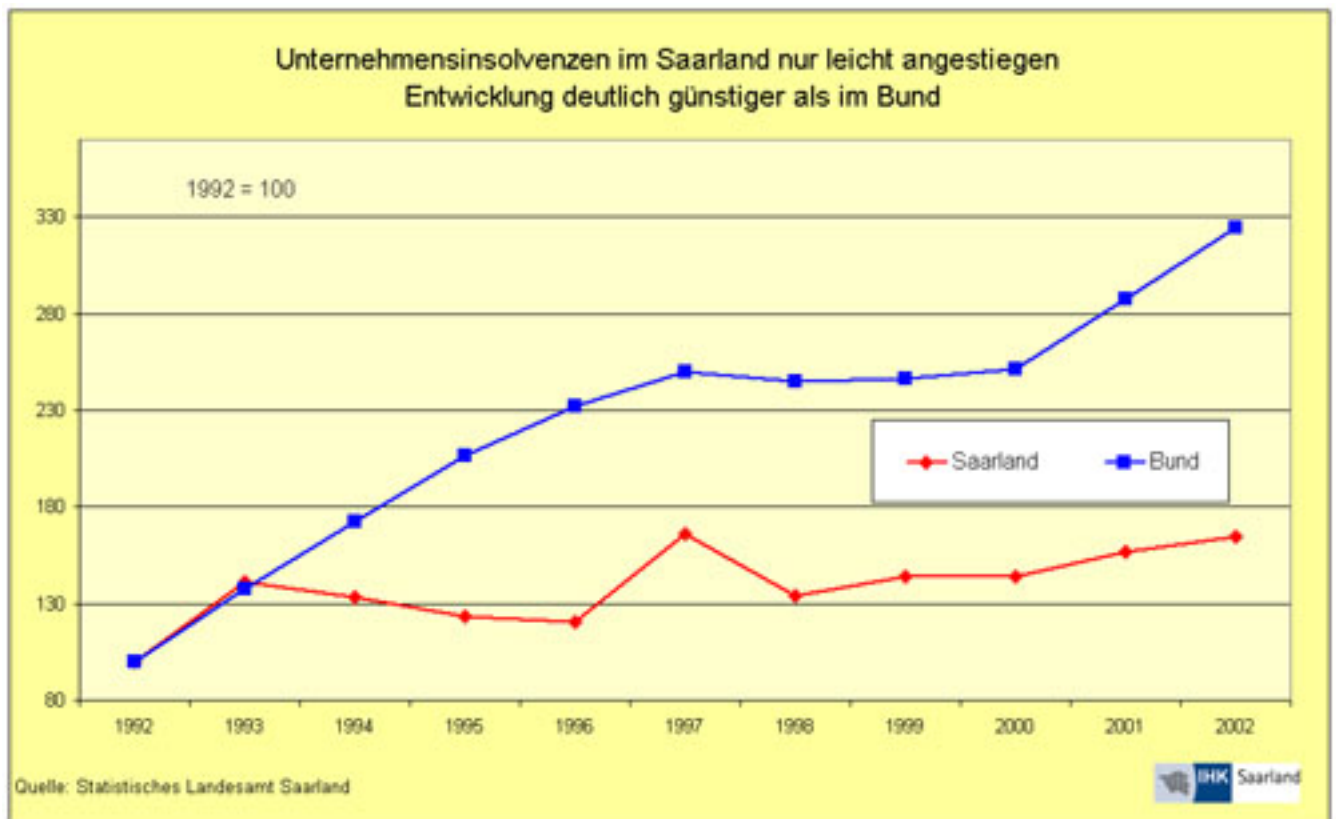
Fakt 3:

Das Saarland hat sich auch auf dem **Arbeitsmarkt** beachtlich geschlagen. Im Ranking aller 16 Bundesländer liegt es inzwischen auf Rang fünf. Die Arbeitslosenquote liegt gut ein Prozent unter dem Gesamtdurchschnittswert. Nur Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz haben eine niedrigere Quote als das Saarland. Und: Der Abstand zum Durchschnitt der westdeutschen Länder nimmt seit Jahren ab.



Fakt 4:

Die Unternehmen an der Saar zeigen sich seit geraumer Zeit erstaunlich **krisefest**. Natürlich hat sich auch im Saarland angesichts der flauen Konjunktur die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erhöht. Mit einem Zuwachs von knapp drei Prozent im vergangenen Jahr fiel der Anstieg hierzulande aber deutlich geringer aus als im Bund (plus 13 Prozent). Damit setzte sich weiter das fort, was bereits seit über zehn Jahren Gültigkeit hat. Die Pleitewelle rollt im Saarland deutlich flacher als im Rest der Republik. Auch *absolut* betrachtet bewegt sich die Konkursanfälligkeit der saarländischen Unternehmen seit Jahren unter dem Bundesdurchschnitt. Zuletzt lag die Insolvenzrate mit rund 230 Fällen je Millionen Einwohner um fast ein Fünftel niedriger als in der Bundesrepublik insgesamt.



Fakt 5:

Nicht zuletzt – und darauf sind wir besonders stolz – zeigt sich die relative Stärke unseres Landes in seiner ungewöhnlich guten **Ausbildungsplatzsituation**. Im IHK-Bereich ist die Zahl der Neuverträge seit 1994 um fast 45 Prozent gewachsen – das ist, mit großem Abstand, der Spitzenwert in Deutschland! Im Ergebnis steht das Saarland heute bei der Ausbildungsplatzdichte auf Platz 1 unter allen westdeutschen Flächenländern. Und auch für das laufende Jahr sind wir zuversichtlich, wieder jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen eine Lehrstelle anbieten zu können. Unsere IHK tut jedenfalls alles dafür, dieses Ziel zu erreichen.

Was sind nun die Ursachen für die relative Stärke der Saarlwirtschaft? Und vor allem: Wird diese Stärke weiter anhalten? Unser Befund lautet:

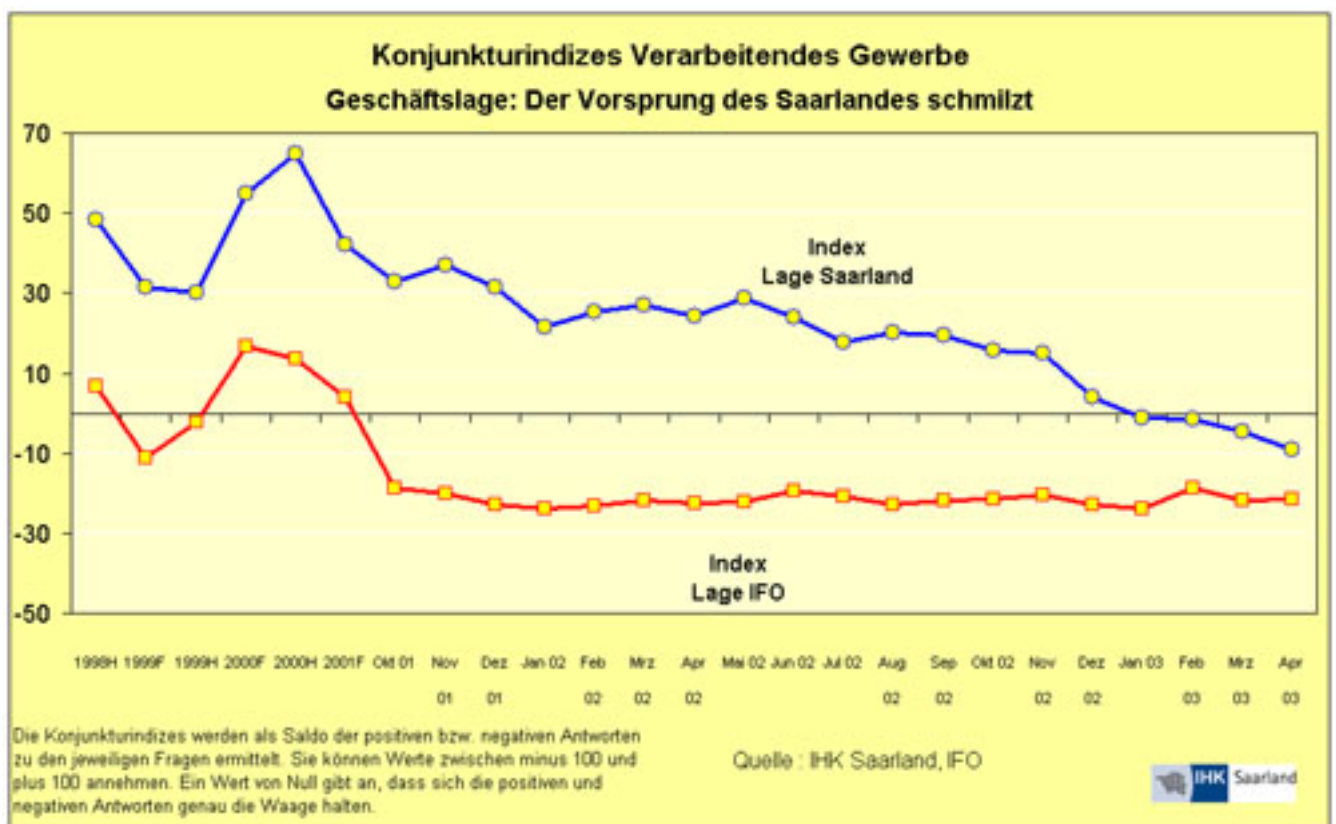
Die saarländische Wirtschaft verdankt ihre relative Stärke in hohem Maße der *Industrie*. Sie hat sich hierzulande seit 1999 deutlich besser geschlagen als im Bund. So lag das Umsatzplus über diese drei Jahre um gut dreieinhalb Prozentpunkte höher (Saar: + 14,7 Prozent, Bund: + 11,1 Prozent). Und das Minus im letzten Jahr war nur ein Drittel so hoch wie in Deutschland insgesamt. Maßgeblich hierfür waren vor allem günstige Branchenentwicklungen:

2000 und 2001 vor allem im Automobilbereich und in der Stahlindustrie, im vergangenen Jahr besonders das Ernährungsgewerbe, die Reifenhersteller, der Maschinenbau und die Gießereien.

Es waren also die Kernbereiche der Industrie, die sich im Saarland als überdurchschnittlich stabil erwiesen haben. Zur relativen Stärke unseres Landes haben – wenn auch in geringerem Umfang - aber auch einige Dienstleistungsbereiche beigetragen, etwa das Versicherungsgewerbe und die Personaldienstleister.

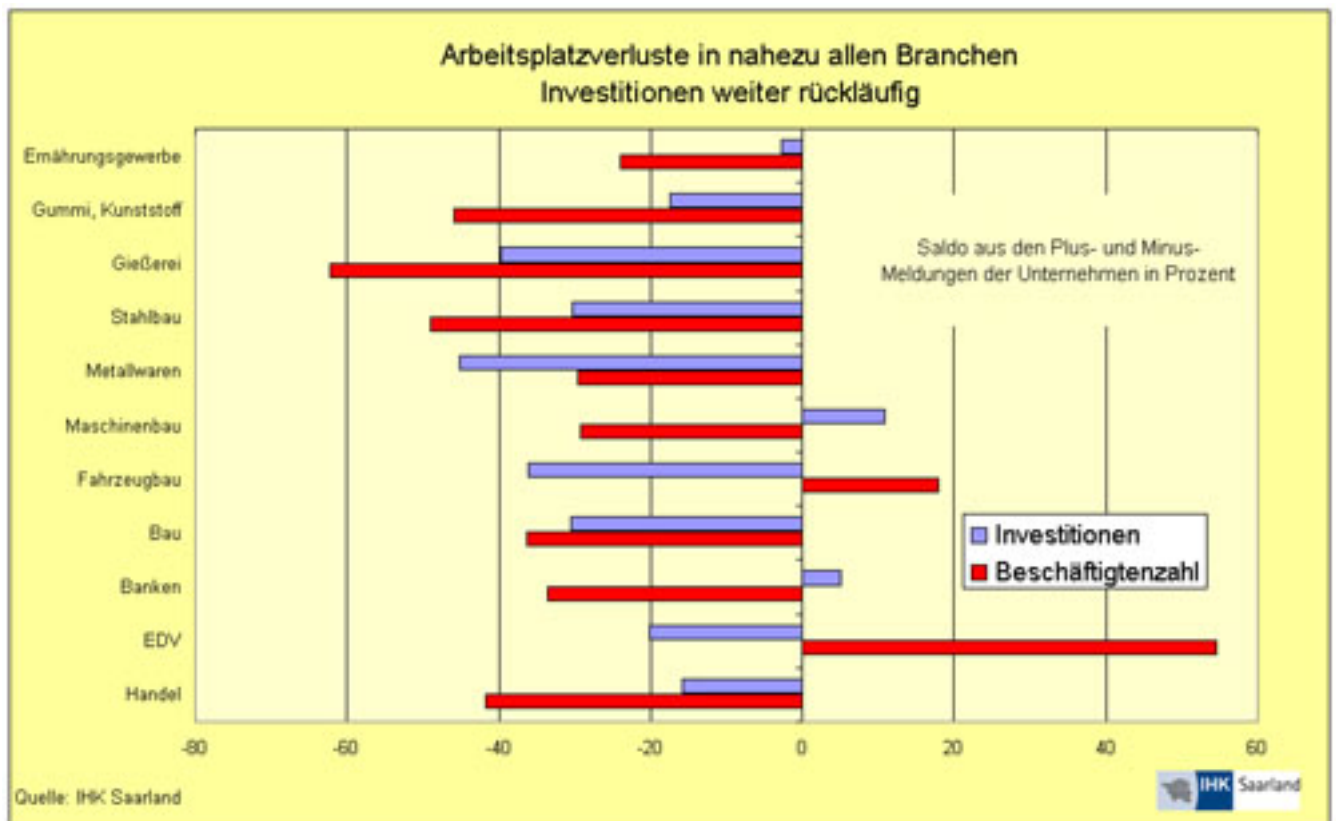
Für die Zukunft stellt sich die Frage: Kann unser Land den Vorsprung bei Wachstum und Beschäftigung in den kommenden Jahren nochmals wiederholen? Kann es seine relative Stärke behaupten?

Zumindest für 2003 zeichnet sich das aus unserer Sicht so nicht ab. Darauf deutet zunächst unser IHK-Geschäftsklimaindex hin, den wir ja seit rund zwei Jahren monatlich berechnen. Dieser Index, der lange Zeit deutlich über dem Ifo-Index lag, ist inzwischen auf das Bundesniveau gefallen. Unsere Saarwirtschaft ist inzwischen also voll und ganz in den Sog der bundesweiten Konjunkturschwäche geraten. In dieses Bild gehört auch, dass die relativ guten Branchenkonjunkturen im Fahrzeugbau, in der Stahlindustrie und im Ernährungsgewerbe inzwischen weitgehend ausgelaufen sind.



Was können wir vor diesem Hintergrund bei Wachstum und Beschäftigung für das laufende Jahr erwarten? Aus unserer Sicht folgendes:

- Beim Bruttoinlandsprodukt werden wir in 2003 auch im Saarland wohl nur ein Miniwachstum erreichen. Das Plus kann nochmals etwas höher ausfallen als auf Bundesebene – aber sicherlich nur um wenige Zehntel Prozent.
- Sorge macht die Entwicklung bei den Investitionen der Unternehmen. Hier zeigt die Tendenz auf Landes- ebenso wie auf Bundesebene weiter nach unten. Das zeigt auch das Ergebnis einer IHK-Sonderumfrage vom April nochmals in aller Deutlichkeit: Nur zehn Prozent der Unternehmen beabsichtigen, mehr zu investieren als im Vorjahr, immerhin 32 Prozent weniger. Der Saldo ist also deutlich negativ. Eine Rolle spielen dabei nicht nur die Unwägbarkeiten im weltwirtschaftlichen Umfeld, sondern auch die Unsicherheiten über den weiteren Verlauf des Reformprozesses in Deutschland. Nicht zu vergessen: Die Finanzierung der Investitionen ist in Deutschland schwieriger geworden, weil Kredite restriktiver gewährt werden.
- Bei der Beschäftigung stehen die Ampeln weiter auf rot. Hier zeichnet sich auf Landes- ebenso wie auf Bundesebene eine negative Entwicklung ab. Für Deutschland rechnen Sachverständigenrat und Forschungsinstitute mit dem Abbau von rund 380.000 Arbeitsplätzen. Runtergebrochen auf das Saarland bedeutet dies – rein rechnerisch – ein Minus von fast 5.000 Arbeitsplätzen. Wenn es gelänge, das Minus auf 3.000 bis 4.000 zu begrenzen, wäre das vor dem ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld bereits ein Erfolg. Auf Verluste in dieser Größenordnung deutet auch unsere IHK-Sonderumfrage vom April hin. 35 Prozent der Betriebe gaben dort an, dass sie im weiteren Jahresverlauf voraussichtlich Personal abbauen müssen. Nur 16 Prozent sehen dagegen Chancen, ihren Personalstand auszuweiten.



Das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Problem Nummer Eins ist und bleibt damit die unerträglich hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit. Sie ist die eigentliche soziale Schieflage in unserem Land. Deshalb ist es auch so wichtig, dass die Weichen auf Bundesebene bald und energisch in die richtige Richtung gestellt werden.

Aber auch die Landesregierung ist gefordert, die Standortbedingungen weiter zu verbessern, damit unser Land weiter in der ersten Liga mitspielen kann. Hier ist in den letzten Jahren ja einiges geschehen. Ich nenne nur:

- die Absenkung der Gewerbesteuerhebesätze in Richtung Bundesdurchschnitt,
- die Schritte zur Deregulierung beim Baurecht und in der öffentlichen Verwaltung und zur Effizienzsteigerung in der Entsorgung,
- Erhöhung der Landesmittel für den Straßenbau,
- die verstärkten Anstrengungen in der Förderung von Unternehmensgründungen einschließlich der Verschlinkung und Zusammenführung der Förderprogramme, sowie nicht zuletzt
- die Qualitätsoffensive in der Bildungspolitik.

All dies hat gewiss zu einer Verbesserung der Stimmung beigetragen. Manches hat die Unternehmen auch sehr konkret und direkt entlastet. Und diese Verbesserung der Standortbedingungen findet ja auch positiven Niederschlag in mehreren Standortvergleichen.

Entscheidend ist jetzt, den bemerkenswerten Anfangsschwung unvermindert beizubehalten – insbesondere auch in der Bildungspolitik: Hier hatte die Landesregierung ja gleich nach dem Regierungswechsel richtig Tempo vorgelegt: Landesweite, einheitliche Tests und Abschlussprüfungen, Einführung von Verhaltenszeugnissen, mehr Unterrichtsstunden an Grundschulen, Verkürzung der Gymnasialzeit, mehr Ganztagsangebote. Mit einigen dieser Initiativen hat das Saarland seinerzeit sogar *bundesweite* Beachtung gefunden. All diese Maßnahmen sind und waren richtig. All diese Maßnahmen wurden und werden von uns mit Nachdruck unterstützt. Aber: All dies reicht jedoch noch nicht aus, um unser Bildungssystem – und damit letztlich unsere gesamte Volkswirtschaft – wirklich zukunftsfest zu machen. Ich möchte dazu nur an zwei Dinge erinnern:

- Erstens: Auch wenn die schockierenden Ergebnisse von TIMSS und PISA anscheinend schon wieder aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt wurden – Deutschlands Schüler spielen international nur noch in der *zweiten* Liga. Schüler aus Ländern mit geringeren Bildungsausgaben pro Kopf erzielen zum Teil bessere Ergebnisse als deutsche Schüler. Mit anderen Worten: Unser Bildungssystem ist nicht nur weniger leistungsfähig, sondern auch weniger *effizient* als das der meisten anderen Industrieländer.
- Zweitens: Dieser Befund ist umso gravierender, als die absehbare demographische Entwicklung unser Land vor gewaltige Herausforderungen stellt. Diese Umwälzungen in der Altersstruktur belasten nicht nur unsere sozialen Sicherungssysteme. Sie verschlechtern auch die Wachstumsaussichten der Wirtschaft. Schon in drei Jahren geht hier im Saarland die Zahl der Schulabgänger zurück. Gleichzeitig scheiden „am oberen Ende“ immer mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben aus.

Per Saldo wird im Saarland in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Erwerbsfähigen um mehr als 20.000 zurückgehen: Diese Erosion unseres Arbeitskräftepotenzials – vor allem der „Jugendschwund“ – droht zur echten Wachstumsbremse zu werden.

Wenn wir trotzdem die Zukunft gewinnen wollen, brauchen wir eine breit angelegte und auf mehr Qualität und mehr Effizienz zielende Bildungsoffensive. Wir haben allen Grund, uns dafür einzusetzen, dass das geringere Potenzial an Arbeitskräftenachwuchs wirklich bestmöglich qualifiziert wird. Davon sind wir aber immer noch weit entfernt – auch im Saarland. Die eigentliche „Revolution“, die wir in unseren Schulen brauchen, liegt nämlich nicht in der Detailverbesserung, sondern in einer *grundsätzlich* anderen *Organisation*. Sie muss unter dem Motto stehen: **„Mehr Eigenverantwortung für die Schulen – mehr Wettbewerb zwischen den Schulen“**. Seit Jahren wirbt die IHK dafür, und ich habe dies auch schon mehrfach ausführlich erläutert. Gerade eben, in der Diskussion mit dem saarländischen Kabinett, haben wir gemeinsam mit der Handwerkskammer und der Vereinigung der saarländischen Unternehmensverbände unsere Positionen dazu noch einmal bekräftigt. Es geht vor allem um drei Dinge:

- um mehr Finanz- und Personalautonomie,
- um einen verbindlichen Kanon für die Kernfächer,
- um mehr Freiraum für eine Profilbildung der Schulen durch freie Auswahl der Fächerschwerpunkte und der pädagogischen Konzepte.

Unser gemeinsames Credo heißt: Wir müssen unseren Schulen die Freiheit geben – und die *Verpflichtung* auferlegen – sich wie mittelständische Dienstleistungsunternehmen zu verhalten. Der Wettbewerb und die Abstimmung mit den Füßen wird dann ganz von selbst für die richtigen Anreize und mehr Qualität sorgen. Dazu gehört natürlich auch die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen (bzw. der regionalen Zuordnung der Pflichtschulen). Spätestens ab der Sekundarstufe sollte es daher den Eltern – für *alle* Schulformen, also nicht nur für die Gymnasien – freigestellt sein, die „richtige“ Schule für ihr Kind frei auszuwählen – ohne Rücksicht auf regionale Demarkationslinien. Nur so hat Qualitätswettbewerb eine Chance.

Diese „Entfesselung“ der Schulen geht mir hierzulande noch zu schleppend voran. Zu groß ist die Zahl der Bedenkenräger, zu ausgeprägt das Beharrungsvermögen.

Immerhin – einen ersten, bescheidenen Teilerfolg konnten wir mit unserer Beharrlichkeit bereits erreichen: Sieben saarländische Berufsschulen werden sich voraussichtlich an dem mit dem Bildungsministerium ausgehandelten **Modellversuch „BBZ plus“** beteiligen. Dabei erhalten sie erstmals ein Budget nicht nur für die Sachkosten, sondern auch für die *Personalkosten*. Und sie bekommen mehr Einfluss darauf, welche Lehrer an ihrer Schule eingestellt werden. Sie können schließlich – zumindest in Krankheits- und Vertretungsfällen – Lehrer mit befristeten Verträgen frei einstellen. Das sind Lockerungsübungen, Schritte in die richtige Richtung, die ein Stück mehr an Flexibilität bringen. Die große Freiheit für die Schulen bringt das nicht. Leider! Gerade bei einem *Modellversuch* hätten wir uns etwas mehr Mut gewünscht, um das Saarland hier an die Spitze aller Bundesländer zu bringen. Das gilt insbesondere für die Übertragung von mehr Personalverantwortung, die im Modellversuch nur sehr begrenzt erfolgt.